

**Zeitschrift:** SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP  
**Herausgeber:** Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft  
**Band:** 26 (1986)

**Artikel:** Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik  
**Autor:** Engeler, Urs Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-172515>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Urs Paul Engeler

# Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik

Ein vielfältiges Neben- und Miteinander von «neuer» und «alter» Politik hat bereits Erich Gruner festgestellt. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass die personellen Verbindungen sehr eng sind: Ein Grossteil der führenden Träger neuer politischer Bewegungen sind in den traditionellen Parteien engagiert. Diese bewusste und wirkungsvolle Doppelstrategie hat die Altparteien schlechend verändert: Neue Themen flossen in ihre Politik, sie selbst wurden dabei immer mehr zu Transporteuren, und die neuen Inhalte führten zu Erosionen an den Rändern der Parteien. Die starke Integration der neuen Politik ins alte System zeitigte einige Erfolge, vermochte aber die politischen Verfahren nicht zu ändern. Kein Wunder also, dass im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung das System selbst zur Diskussion gestellt werden soll. Als Mittel dazu sehen die Träger der neuen Politik den ökologisch-demokratischen Verfassungsentwurf von Jörg Paul Müller und Alfred Kölz.

L'existence d'interactions et de parallélismes entre politique «nouvelle» et politique «classique» est déjà soulignée par Erich Gruner. L'analyse détaillée de ce phénomène relève que beaucoup de protagonistes engagés dans les nouveaux mouvements sociaux sont simultanément actifs dans les partis traditionnels. Cette double stratégie efficace s'avère transformer en douce les vieux partis: des questions nouvelles se font jour en leur sein. Le rôle essentiel de ces stratégies est de véhiculer les idées nouvelles qui engendrent un effritement marginal des anciennes formations. L'intégration de la nouvelle politique dans l'ancien système a, certes, obtenu quelques succès mais n'a pas réussi à modifier les processus politiques. Le malaise se manifeste lors de la discussion sur la révision totale de la Constitution. Les protagonistes principaux de la nouvelle politique, en s'appuyant sur le modèle de constitution écologico-démocratique de Joerg Paul Mueller et Alfred Koelz, expriment leurs propres idées quant à la remise en question du système politique.

## I. Ein Beispiel: Von Kleinbauern zu Öko-Bauern

Die «inoffiziell erklärte Absicht» des Bundesamtes für Landwirtschaft und des Schweizerischen Bauernverbandes sei es, die kleinen und mittleren Bauernhöfe im Talgebiet «auszurotten», erklärt René Hochuli (50), der im aargauischen Reitnau einen 9-Hektaren-Betrieb bewirtschaftet, jedem, der es hören will. Mit medienwirksamen Auftritten – Streitgespräche gegen die Bundesräte Ernst Brugger (1977) und Fritz Honegger (1980), massive öffentliche Angriffe auf viele Bauernpolitiker und auch Propagierung von Alternativen – konnte er die Anliegen der benachteiligten Bauern artikulieren und diese in der eher losen «Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern» (VKMB) sammeln. Sechs Monate nach der Gründung zählte die VKMB 1000 Mitglieder, heute sind es zwischen 1500 und 2000.

Der Vereinigung erlangte es zwar nicht an Publizität, doch lange Zeit an Schlagkraft, denn der Gründungsgedanke war in erster Linie negativ – gegen den Bauernverband und die offizielle Agrarpolitik – formuliert, und die angebotene Lösung zugunsten der Kleinbetriebe – Preisdifferenzierung – war zu vage und zu wenig ausdiskutiert. Die Stossrichtung war aber klar: Die Vereinigung führte einen innerlandwirtschaftlichen Verteilungskampf; die enormen Leistungen des Bundes im Agrarsektor sollten nicht den florierenden Grossbetrieben, sondern in erster Linie den kleinen Höfen am Rande des Existenzminimums zugute kommen. Eine kohärente Politik liess sich auf dieser Basis allerdings noch nicht betreiben. Deutliches Zeichen für die Orientierungsprobleme: Auf der Liste der Wahlempfehlungen für die Nationalratswahlen 1983, die die VKMB veröffentlichte, figurierten kreuz und quer bestandene Vertreter der offiziellen Agrarpolitik, einige Kleinbauern und auch Sozialdemokraten.

Mit diesem Thema der gerechteren Verteilung der Landwirtschaftssubventionen hätte sich die VKMB – trotz gewisser Anfangserfolge – schnell isoliert, wenn sie nicht eine Neuorientierung gefunden hätte: den Kampf für ökologische Produktionsweisen. Massgebend für diese Ausweitung der Gründungsziele dürften dabei zahlreiche VKMB-Mitglieder gewesen sein, die nicht der Landwirtschaft zuzurechnen sind, sondern die Interessen umweltbewusster Konsumenten vertreten (Beispiel: die Aargauer SP-Nationalrätin Ursula Mauch oder Marie-Therese Larcher, Präsidentin der CVP-Frauen und verantwortliche Redaktorin der Aktion «Gesünder essen»). Auffallend neben vielen SP-Leuten auch die starke NA-Präsenz innerhalb der VKMB. Diese Mitglieder bringen den ökologischen Standpunkt aus ihrer Sicht immer wieder in die Diskussion ein.

Die Folgen dieser «Unterwanderung» der VKMB durch Politiker aus andern Lagern: Die Kleinbauern-Bewegung erhielt Sukkurs und Profil auf der Ebene der offiziellen Politik (der SPS-Pressedienst unterstützte deren Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken»). Die Kleinbauern-Bewegung ging gewissermassen einen Tauschhandel mit Vertretern der institutionalisierten Politik ein: Sie stellte sich als Trägerin «neuer» agrarpoli-

tischer Inhalte zur Verfügung – und gewann Unterstützung für ihren «alten» Kampf um mehr Einkommen. Die VKMB operiert, politologisch betrachtet, auf zwei Paradigmen-Ebenen<sup>1</sup>: auf dem Gegensatzpaar, das sich aus der Verteilung materieller Güter ergibt (Sozialkampf) sowie auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um eine «neue Lebensweise». Der Druck auf die traditionelle Agrarpolitik ist dadurch beträchtlich gewachsen.

Aber nicht nur die Verschränkung dieser beiden Bereiche, die zum Beispiel in der erwähnten Kleinbauern-Initiative völlig ineinander fliessen, ist auffallend, sondern auch das kaum mehr in Ursache-Wirkung-Schemata erfassbare Wechselspiel dieser Bewegung mit der institutionalisierten Politik: VKMB-Forderungen tauchen als Vorstösse im Parlament auf; Ideen von Vertretern der Altparteien (von der SP und SVP bis zu den Grünen) werden umgekehrt schnell VKMB-Forderungen. Mit andern Worten: Die Grenzen zwischen Bewegung und Altparteien sind sechs Jahre nach Gründung der VKMB bereits einigermassen verwischt. Heben die engen personellen Verflechtungen zwischen den Parteien und Bewegungen die von Politologen beschriebenen Unterschiede in der Praxis auf?

## II. «Neue Politik»: Theorie ohne Praxis?

Nicht als Wiederholung, sondern als kleine Gedächtnisstütze sei kurz die Umschreibung der «neuen Politik», wie Erich Gruner<sup>2</sup> sie vorgenommen hat, zusammengefasst. Neuen Qualitäten und Dimensionen der gegenwärtigen Politik hat Gruner in dreierlei Hinsicht nachgespürt:

Durch die Politisierung bisher politisch nicht relevanter Lebensbereiche erfährt die Politik neue Inhalte und Aufgaben. Damit verschieben sich die traditionellen Kampffronten, die vom Links-Rechts-Schema geprägt sind, auf das neue Gegensatzpaar «alte» gegen «neue» Politik.

Neue Aufgaben erfordern weiter neue politische Artikulationsformen. Als Sammelname zur Erfassung dieser neuen Handlungsfelder dient Gruner der bereits eingebürgerte Begriff «Alternativbewegungen». Konkreter erwähnt er die Frauen-, Friedens-, Jugend- sowie Umweltbewegungen (Anti-Atom- und andere ökologische Gruppen).

Die Aktionsräume sind drittens von direktpolitischen Elementen geprägt und somit oft gegen die überkommenen Legitimitätsvorstellungen gerichtet. Die Zweifel an der formaldemokratischen Mehrheitslehre lassen die Bewegungen betont extrakonstitutionell agieren. Dabei gelingt es, die gängigen Rechtsauffassungen zu verändern.

1 Joachim Raschke, *Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien*, «Aus Politik und Zeitgeschichte», Bd. 36, Sept. 1980, S. 23–45 (zitiert nach Gruner).

2 Erich Gruner / Hans Peter Hertig, *Der Stimmünger und die «neue» Politik*, Bern, Stuttgart 1983.

Bei der eher empirischen Weiterführung seiner Thesen kommt Gruner allerdings selbst zum Schluss, dass die Alternativbewegungen und die bestehenden Parteien nicht nur auf ein Gegeneinander angelegt seien, sondern dass ein permanentes Neben- und Miteinander zu beobachten sei.

Die mit vielen essayistischen Elementen durchsetzte Abhandlung Gruners führt in sehr anregender Weise zu wichtigen Einsichten in neueste Entwicklungen der Politik und so zu einer Art idealtypischer Definition von «neuer» Politik sowie zu gewissen Abgrenzungen zur «institutionalisierten» Politik. Sie macht aber denjenigen einigermassen ratlos, der aufgrund dieser Kriterien die gleichen Trennlinien in den Niederungen der alltäglich praktizierten schweizerischen Politik finden und nachziehen will. Ohne dass wir uns im Rahmen dieser bescheidenen Arbeit auf eine Methodologie-Diskussion einlassen wollen, lassen sich Schwierigkeiten der Umsetzung in folgenden Bereichen festmachen:

1. Gruner verwendet für seine Beschreibung zum Teil das formale Kriterium der politischen Handlungsweise und siedelt die «neue» Politik vor allem im Bereich der direktpolitischen Aktivitäten an, die weiter von einer starken unmittelbaren Betroffenheit der Handelnden geprägt sind. Nun trifft dieses Unterscheidungsmerkmal nicht aber die Differenz zwischen Bewegungen und Altparteien, die selbst oft aus direkten politischen Aktionen heraus entstanden sind und solche Aktivitäten immer wieder lanciert und mitgetragen haben (Streiks, Demonstrationen, Initiativen). Dies trifft auch für die bürgerlichen Parteien zu.
2. Noch diffuser werden die Konturen, wenn politische Gebilde wie die Nationale Aktion (NA) oder die Grünen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Sie etikettieren sich als Parteien, sind aber eher Bewegungen geblieben, indem sie *ein* politisches Anliegen zum Alleinthema erklärt haben und – trotz Parlamentsvertretung – sich stark auf Basisaktivitäten abstützen (etwa die NA mit sich wieder häufenden provokativen Versammlungen).
3. Kommt dazu, dass halabetablierte Parteien wie etwa der Landesring oder die POCH nach diesen Kriterien fast völlig durch den Raster fallen.
4. Stärker bestimmt wird Gruners Definition durch inhaltliche Merkmale der «neuen Lebensweise». Dieses Abgrenzungsmuster deckt sich aber nicht mit der formalen Beschreibung, indem die weniger institutionalisierten Äusserungsformen sowohl von fortschrittlichen wie auch von betont beharrenden Gruppierungen (von radikal Grünen wie von der «Autopartei») benutzt werden. Ja, die wohl massivste direktpolitische Aktion der jüngsten Zeit, die den Rechtsstaat entscheidend herausgefordert hat, war die Blockade der Grenze durch Tausende von Lastwagen als Protest gegen die (auch von Umweltschützern durchgesetzte) Schwerverkehrsabgabe.

5. Eine letzte Schwierigkeit liegt schliesslich noch darin, dass die von Gruner genannten Träger dieser «neuen» oder alternativen Politik sehr historisch bedingt und teilweise wieder fast völlig von der Bildfläche verschwunden sind (Friedensbewegung und Jugendbewegung), dass weitere Gruppierungen (etwa die Frauenbewegung) seit langem nach aussen kaum mehr aktiv sind und ihre Aktivitäten nach Erreichung wichtiger Ziele stark in die Parteien hinein verlegt haben (Frauenquote auf Parteilisten). Zu den heute noch starken Elementen der Politik gehören die AKW-Gegner und die Umweltschützer, neu in die Kartei aufgenommen werden müsste die nationalistisch-konservative Bewegung mit teilweise xenophoben Tendenzen.

Ziel dieser Arbeit kann es nicht sein, eine neue Theorie der «neuen» Politik zu entwickeln; wir können nur, pragmatisch ausgehend von einigen Brennpunkten der neuen Politik, das Verhältnis dieser Bewegungen zu den Altparteien beschreiben, indem wir personellen Querverbindungen nachspüren. Dabei soll nicht eine möglichst vollständige Auflistung solcher Überschneidungen – Gruner nennt die Zahl von rund 100 000 Menschen, die sowohl in einer Partei als auch bei Bürgerinitiativen mitarbeiten – die Absicht sein, sondern das Aufzeigen von typischen Arten der Konfrontation oder der Kooperation zwischen den beiden Trägern politischer Anliegen. Dabei lassen sich auch Veränderungen innerhalb der traditionellen Parteien ablesen.

### **III. Das Entweder-Oder der Jugend**

Als einen der Träger der «neuen Politik» hatte Gruner die Jugendbewegung geortet, eine politische Kraft also, die innerhalb von zwei Jahren fast völlig von der Bildfläche verschwunden ist. Auch ein intensiver Blick auf die noch vorhandenen Ausläufer der Eruptionen in den Jahren 1980 und 1981 vermag nur noch sporadische und isolierte Überreste dieser einstmal das «System» erschütternden Bewegung zu erkennen. Die Analyse Gruners, so wertvoll sie zur Wahrnehmung von Strömungen unter der Oberfläche ist, muss hier also bereits revidiert werden. Profilierte ehemals Bewegte haben sich zum Teil ganz auf ein angepasstes Leben zurückgezogen, sind als Berufsleute salonfähig geworden (Beispiel: der Propagandist und Theoretiker der Verweigerung Nicolas Lindt schreibt heute für bürgerliche Blätter). Die neuen Jugendlichen zeigen sich (wieder einmal) als kleine Erwachsene. Die Tradition des Protestes ist abgebrochen, eine jugendspezifische politische Kultur ist nicht mehr auszumachen. Ob ehemalige Mitglieder der Bewegung nun in traditionellen Parteien mitarbeiten, ist insofern ohne Belang, weil sie keine Träger einer «neuen Politik» mehr sind.

Einzelne Gruppierungen haben sich allerdings mit der Artikulation ganz spezifischer Anliegen und mit medienwirksamen Kampftaktiken noch lange halten können: die Häuserbesetzer im Zürcher Stauffacher-Quartier etwa oder die Berner Gruppe «Zaff», die als Häuserbesetzer und als erfolgreiche

Begründer einer alternativen Kulturszene von schweizerischem Rang (in dieser Funktion gar von den Stadtbehörden im Jahr der Jugend indirekt mit Geld unterstützt) hervorgetreten ist. Ihr Kampf für die Erhaltung von Wohnraum in vom City-Druck bedrohten Quartieren der Bundesstadt bewegte sich jedoch am Rande der Legalität, und die Gruppe konnte den Rechtsrahmen nicht ausdehnen – die besetzten Häuser wurden mit beträchtlichem Polizeieinsatz geräumt und abgebrochen. Dieses Legalitätsproblem mag mit ein Grund dafür sein, dass nur die radikal-grüne Demokratische Alternative (DA), die mit wenigen Sitzen in den Berner Parlamenten vertreten ist, direkte Kontakte mit der Zaff-Gruppe unterhält: Einige Zaff-Exponenten tauchten als Stadtratskandidaten auf der DA-Liste auf. Die grossen Parteien haben die Wohnraum-Anliegen in dieser direktpolitischen Art nie unterstützt.

Ein anderer Grund für diese Distanz (auch zu Linksparteien) liegt darin, dass radikal Bewegte ihre Aktionen eben gerade als Gegenhandlungen zu den traditionellen politischen Mustern, in Ablehnung der etablierten Politiker und als Kritik der Parteien verstehen. Als Beleg dafür mögen die Äusserungen eines engagierten Häuserbesetzers und ehemaligen Aktivisten der Jugendbewegung, vorgetragen an einem Podiumsgespräch in Zürich, gelten: «Ich will die eine Räuberbande nicht einfach durch eine andere ersetzen (...) Wenn jeder einzelne opponiert, wird es viel schwieriger, die Opposition zu kontrollieren (...) Ich besetze lieber, als dass ich Rekurse mache.»<sup>3</sup> Fazit dieser Haltung: «Authentische Individuen» sollen *ihren* Widerstand gegen das Herrschaftssystem führen – und nicht Massenbewegungen; «authentische Individuen» sollen sich in völliger Emanzipation vom System und dessen Trägern, den Parteien insbesondere, bewegen. Zum Vorschein kommt diese privat gelebte Alternative am ehesten noch in selbstverwalteten Betrieben und Beizen.

Dass mit diesem Programm keine Berührungs punkte zwischen den Altparteien und der neuen Jugendbewegung entstehen können, leuchtet ein. Im Nachhinein wird noch ein Weiteres sichtbar: Auch auf dem Höhepunkt der Jugendrevolte waren die Verbindungen zwischen den Jugendlichen und den teilweise sympathisierenden Linkspolitikern – erinnert sei an die sehr umstrittenen Stellungnahmen des Zürcher SP-Kantonsrates Emanuel Hurwitz – immer sehr *einseitiger* Natur. Fortschrittliche Sozialdemokraten und andere im System unzufrieden Politisierende sahen in der Bewegung offenbar ein Veränderungspotential, das jedoch die «Chaoten» nie innerhalb des bereits organisierten Kräftespiels einsetzen wollten. Die Annäherungen der Altparteien-Politiker wurden darum nie «honoriert» oder erwidert.

<sup>3</sup> zitiert nach «Tages-Anzeiger» und «Neue Zürcher Zeitung» vom 4. November 1985.

#### **IV. Regionale Opponenten verpflichten Parteien**

Sehr enge personelle Verbindungen zwischen (auch massgebenden) Mitgliedern der Altparteien und Bewegungen für oder gegen ein bestimmtes Projekt sind dort festzustellen, wo eine Region in ihrer Gesamtheit davon betroffen ist. Als Beispiele für mögliche Konfigurationen streifen wir kurz das Aktionskomitee gegen die NHT und die Arbeitsgruppe Autobahnfreies Knonaueramt sowie etwas ausführlicher die Widerstandsbewegungen der Region Nordwestschweiz gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst.

Das Berner Komitee gegen die NHT wird präsidiert von SVP-Grossrat Paul Luder und angeführt von weiteren prominenten SVP- und Bauernpolitikern der Region zwischen Burgdorf und Olten. Ihnen ist es in einem ersten Schritt gelungen, die von der geplanten SBB-Neubaustrecke betroffenen Gemeinden offiziell in den Kampf gegen die NHT einzubinden: Über 50 Gemeinden und Organisationen sind Mitglieder des Komitees geworden. Direkte Aktionen – ausser publikumswirksamen Versammlungen und Podiumsgesprächen – hat das Komitee nie unternommen, dafür aber über ihre Mitglieder, die im Berner Grossen Rat sitzen, nach der Sammelbewegung in der Region den Marsch durch die Institutionen angetreten. Der geschlossene Widerstand verpflichtete die Berner Regierung – gegen den Antrag der Verkehrskommission – zu einer ablehnenden Stellungnahme zu den SBB-Projekten. Der Kampf des Aktionskomitees richtet sich nun aber auch gegen das «gemässigte» SBB-Projekt im Rahmen der «Bahn 2000». Das Referendum gegen jede Neubaustrecke zwischen Bern und Olten ist angekündigt. Und weitere Unterstützung ist (fast) zugesagt; so sicherte SVP-Nationalrat Heinrich Schnyder, Präsident auch des Bernischen Bauernverbandes, den Kämpfern gegen die neue SBB-Linie – unter Voraussetzungen – Mithilfe zu. Wie weit sich solche Absichtserklärungen auf die Schweizerische SVP überträgt, ist allerdings noch nicht abzuschätzen – doch das Aktionskomitee hat ein Bein in der SVP-Fraktion der Bundesversammlung.

Ähnlich wie es den Solothurner Aktivisten gegen die N 5 gelungen ist, mit der Lancierung einer Standesinitiative den ganzen Kanton und die Mandatsträger der Parteien in den Widerstand gegen dieses Strassenprojekt einzubinden, haben auch die Opponenten gegen die N 4 durchs Knonaueramt zuerst eine ganze Region und dann mit einer Volksabstimmung den offiziellen Kanton Zürich verpflichten können. Auch diese Bewegung, die sich auf direktpolitische Aktionen ausgerichtet hat (Demonstrationen, Baumpflanzaktionen, Markierung des Trassees mit farbigen Bändern, publikumswirksame Veranstaltungen), wurden von prominenten Politikern aller Schattierungen aus der Region mitgetragen. Präsident der Arbeitsgruppe Autobahnfreies Knonaueramt ist der SVP-Kantonsrat Hans Rudolf Haegi – er markiert die auffallende Präsenz des Bauernflügels der SVP in Kampfkomitees gegen neue Strassen und Bahnanlagen. Neben Grünen und vielen Sozialdemokraten traten aber auch CVP-Politiker (Nationalrat Rolf Seiler) oder gar FDP-Parlamentarier (Nationalrat Hans Georg Lüchinger, offenbar beeinflusst von Frau und Kin-

dern) vor allem aus der direkt betroffenen Gemeinde Wettswil als N 4-Gegner an die Öffentlichkeit. Überregional treten die bürgerlichen Parteien aber deutlich für die Fertigstellung des Autobahnnetzes ein: In den eidgenössischen Räten verlaufen die Konfliktlinien immer noch anders.

Feststellbare Auswirkungen auf das Parteiengefüge hat jedoch der lange und erbitterte Widerstand der Basler, Baselbieter und Fricktaler gegen das geplante und nun bewilligte AKW Kaiseraugst. Die regionalen Widerstandsgruppen, die anfänglich nur in loser Verbindung mit den Parteien sich formiert und ihre Aktivitäten entfaltet haben, sind zahlenmäßig sehr stark: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) hat in der Region ungefähr 5000 Mitstreiter (und ungefähr nochmals so viele in der übrigen Schweiz); die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) vereinigt rund 2000 Aktive; die BI-Runde, ein loser Verband der Bürgerinitiativen in Kanton Baselland, hat fast in jeder Gemeinde eine Kerngruppe, die jederzeit ein paar Dutzend Leute mobilisieren kann; die Arbeitsgemeinschaft Atomschutz Schweiz, die Dachorganisation der oben genannten Gemässigten, stützt sich auf 8000 regelmässige Spender und hat keine Probleme, auch Grossauflagen ihrer «Regional-Zeitung» zu finanzieren<sup>4</sup>. Dieser massive Widerstand – dazu kommen noch weitere Gruppen wie die Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GAGAK) – machten das Nein zu Kaiseraugst nicht nur zu einer in der Baselbieter Verfassung fixierten Doktrin und zur Handlungsmaxime beider Basler Regierungen, sondern zwang Politiker aller Parteien zum Kampf gegen das AKW. Deutliches Signal dafür war die Nicht-Wiederwahl von Ständerat Werner Jauslin (FDP, BL), dem wegen seiner zu wenig eindeutigen Haltung Eduard Belser (SP) vorgezogen wurde. Die Identifikation der etablierten Politiker mit der Anti-Kaiseraugst-Bewegung geht soweit, dass einzelne Regierungsräte gar an Demonstrationen teilnehmen.

Während diese Einheit von Bewegung und Altparteien innerhalb der Bürgerlichen auf die Nordwestschweiz beschränkt blieb, bahnte sich innerhalb der Sozialdemokraten eine interessante Entwicklung an. Über starke SPS-Figuren aus Basel (unter anderem über den Parteipräsidenten Helmut Hubacher und Andreas Gerwig) oder über NWA-Präsident und Nationalrat Alexander Euler wurde der Widerstand gegen das geplante AKW und gegen einen weitern Ausbau der Atomkraft zu einem SP-Anliegen, das auch im Parteiprogramm verankert ist und von dem sich innerhalb der Bundesversammlung nur sehr wenige gewerkschaftlich orientierte SP-Nationalräte durch Stimmenthaltung halbwegs distanzierten. Die Liaison zwischen SP und Anti-Kaiseraugst-Bewegung zeigte noch einen umgekehrten Effekt: Führende Anti-Atom-Kämpfer ausserhalb der Parteien, wie etwa Peter Scholer, Präsident der GAK und Mitorganisator der «Menschenkette» anlässlich des Kaiseraugst-Besuchs der Nationalratskommission vom 4. Mai 1984, traten nach dieser engen Kooperation der SP bei.

4 Zahlen übernommen aus Tages-Anzeiger-Magazin vom 24. März 1984.

Ohne diese engen personellen Verflechtungen, erklärten SP-interne Analytiker übereinstimmend, wäre diese fast identische Politik nicht zustandegekommen, was für die SP insofern von weitreichender Bedeutung war, als sie zu einer konsequenten Energie- und Umweltpolitik entwickelt wurde, die viele Elemente ökologischer Bewegungen aufgenommen hat. Eine solche Entwicklung hätte nie aus der Partei selbst herauswachsen können, gestehen SP-Politiker ein, in den «verkrusteten Strukturen» seien inhaltliche Impulse von außen nötig. Interessant an der Tatsache, dass das ehemalige Bewegungsanliegen jetzt durch die SP (neben andern linken und grünen Parteien) vertreten wird, ist die Konsequenz, dass damit dieses Problem auf eidgenössischer Ebene mit den Mustern der etablierten Politik und so auf dem Hintergrund alter Interessengegensätze behandelt wird. Dies könnte Grund dafür sein, dass drei FDP-Nationalräte der Region (Paul Wyss, Felix Auer und Karl Flubacher) der Rahmenbewilligung zugestimmt haben und dass innerhalb der FDP der Nordostschweiz bereits wieder eine deutliche Bewegung zurück festzustellen ist: Umfragen zur Haltung der Basis der FDP-Baselrand in der Kaiseraugst-Frage haben kürzlich eine Ja-Mehrheit zu Tage gefördert. Damit hätte sich der Kreis geschlossen: Die ehemalige «Bewegungsfrage» Kaiseraugst ist weitgehend ein Gegenstand der institutionalisierten Politik geworden; und dort provoziert ein SP-Ja eben ein FDP-Nein, allerdings mit deutlichen Abstrichen am grünen Flügel des Freisinns. Diese parteimässige Aufsplinterung der Kaiseraugst-Opposition könnte sich dann noch weiter akzentuieren, wenn die Bauvorbereitungen anlaufen sollten: In der Frage, ob die Region ein Recht auf Widerstand mit Gewalt geltend machen könne, dürften die Haltungen der traditionellen Parteien stark auseinandergehen.

## **V. Umweltschützer bringen Bewegung in die Parteien**

«Helfen Sie bitte auch in Ihrem Quartier, Ihrer Gemeinde und Ihrer Region mit, Verbesserungen herbeizuführen, unannehbare Entwicklungen und Projekte zu verhindern», schreibt der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) seinen Mitgliedern. Der Aufruf an die umweltbewussten Verkehrsteilnehmer fordert also die direkte Tat. Die Politik von VCS und WWF ist denn auch auf direkte, die Mitglieder und Sympathisanten mobilisierende Aktionen und auf Basisarbeiten wie Öko-Zentren oder Umwelterziehungszentren angelegt: «neue» Politik also.

Doch ist dies nur die eine Seite der Strategie der meisten Umweltverbände: Mitten in den Beratungen des Budgets der Eidgenossenschaft erhebt sich Nationalrat Urs Nussbaumer (CVP, SO) und stellt den Antrag, es seien von den Treibstoffzollgeldern mehr Mittel zur Behebung von Waldschäden freizustellen – und er löst damit eine Debatte mit breiter Medienwirkung aus. Nussbaumer hat in dieser Taktik die Rolle des Transporteurs zugewiesen erhalten: WWF und VCS und andere Umweltverbände haben sich vehement für diese

Zwecklockerung eingesetzt und den Parlamentarier entsprechend instruiert. Oder mit andern Worten: Die «neue Politik» bringt gerne und erfolgreich Bewegung in die Altparteien.

So sind die Linien zwischen den Trägern der «neuen Politik» und Mitgliedern der Altparteien im Bereich Umweltschutz im Detail gar nicht mehr auszumachen. Nicht selten tauchen politische Grössen diesseits und jenseits der Trennlinie zwischen konventioneller und alternativer Politik auf, und zwar auf Inhalts- wie auf Handlungsebene (etwa wenn der damalige Bundespräsident Pierre Aubert höchstpersönlich an einem Umwelt-Velotag präsent ist).

Dabei gehen die Grenzen quer durch alle Parteien hindurch. Dennoch stellt man nicht ohne Verwunderung fest, dass der Stiftungsrat der Schweizerischen Verkehrsstiftung, der Trägerorganisation des VCS, aus lauter politisch bereits anderweitig fest etablierten Personen besteht und zudem nach dem gängigen helvetischen Ausgewogenheitsprinzip bestückt worden ist: mit der Präsidentin Leni Robert, GPS-Nationalrätin (BE), und den Mitgliedern alt Nationalrat Remigius Kaufmann (CVP, SG), alt Nationalrat Erwin Akeret (SVP, ZH), Nationalrat Franz Jaeger (LDU, SG), Nationalrat Daniel Brélaz (GPS, VD), Ständerätin Monique Bauer-Lagier (LPS, GE) sowie Nationalrat René Longet (SP, GE). Genau gleich, wenn auch etwas weniger «offiziell» sieht es beim WWF aus: Dort repräsentieren Anne Petitpierre, Genfer FDP-Stadtparlamentarierin und Frau des Nationalrates Gilles Petitpierre, als Präsidentin sowie – unter anderen – Rolf Deppeler (GPS, vormals FDP, BE), Beat Kappeler (Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) oder wieder Nationalrat Daniel Brélaz den Stiftungsrat.

Kommt noch dazu, dass diese Verbände zwar mit Referenden, Referendumsdrohungen, Initiativen oder Alternativvorschlägen fast omnipräsent sind (die Aktivitäten reichen von einem «alternativen» Leistungsauftrag für die SBB über Neuvorschläge für Linienführungen bis zu Autobahnbau-Moratorien und Kampf gegen neue Strassen auch in kleinen Gemeinden), dass sie aber – auch mit den Mitteln des klassischen Lobbyismus – in erster Linie versuchen, die Parlamente zu beeinflussen oder mindestens zu Kompromissen zu bewegen. Denn der indirekt-politische Weg ist eben meistens doch der direktere, weil kürzere.

Im Verhalten dieser engagierten Umweltverbände lassen sich allerdings einige deutliche Differenzen zum klassischen Lobbyismus darstellen: Die Träger sind weit weniger ins politische System integriert als die «alten» Verbände, demzufolge wechseln die Kanäle von Fall zu Fall: Als «grüne» Sprecher kommen Mitglieder aller Parteien in Frage. Meistens wird zudem die direkte Einflussnahme auf Interessenvertreter im System erst nachgeschaltet; Priorität haben direktpolitische, symbolträchtige Aktionen mit einer gewissen Medienwirksamkeit (diese Tradition weg von den klassischen Pressekonferenzen hin zu direkt abbildbaren Handlungen hat allerdings eine lange Geschichte und dürfte stark mit dem Aufkommen des Fernsehens in einem direkten Zusammenhang stehen). Die dadurch erreichte Erweiterung des Publikums verfehlt den Wählerdruck auf die Parlamentarier in der Regel nicht. Anders als im

übernommenen Lobbyismus sind auch die Anliegen, die weniger die Gewinnmaximierung einer bestimmten Gruppe, sondern Themen einer «neuen Lebensweise» zum Gegenstand haben und so als langfristiges Ziel eine schlechende Veränderung der politischen Haltungen und Entscheide anpeilen. Weil auch die Gegenseite die Wirksamkeit der neuen Strategien entdeckt (vgl. Kapitel «Nicht-Alternative schlagen mit neuen Waffen zurück»), werden die traditionellen Verbände, die sich stark ans System angeschmiegt haben, auf beiden Seiten überholt.

Im weitern arbeiten diese parteipolitisch neutralen und auf schweizerischer Ebene nicht sehr hierarchisierten Umweltschutzverbände und -gruppen bei Wahlen, an denen sie sich nie direkt beteiligen, mit konkreten Wahlempfehlungen mit, um für ihre direkt politisch artikulierten Anliegen ein «möglichst günstiges Umfeld zu schaffen», wie Vertreter dieser Organisationen übereinstimmend meinen. Auf diese – in Zürich gar von VCS, WWF und der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) gemeinsam erarbeiteten – Listen kommen Politiker aller Parteien zu stehen, sofern sie sich im Sinne der Verbände für die Ziele des Umweltschutzes engagieren. Innerhalb der Verbände sind diese Wahlempfehlungen zwar sehr umstritten und nur als notwendiges Übel akzeptiert, um die Grenzen der basisdemokratischen Handlungen etwas zu erweitern.

Noch eine Nebenbemerkung zur Unterscheidung Gruners, der die SGU, die historisch gesehen eher in den bürgerlichen Parteien verankert ist, eher den mit traditionellen Mitteln arbeitenden Verbänden zuordnet und den WWF beispielsweise zu den Alternativbewegungen zählt: Diese Differenzierung ist nach unseren Beobachtungen fast nicht möglich, weil erstens die SGU sich in vielen weitgehenden Forderungen etwa dem VCS (Moratorium für Autobahnbau als Beleg) anschliesst und weil zweitens fast alle Umweltschutzbewegungen sich nicht auf eine Fundamentalopposition eingeschworen, sondern sich auf das dargestellte raffinierte und erfolgreiche Wechselspiel mit den etablierten Parteien eingelassen haben. Im übrigen sind alle diese Vereinigungen – auch der eher traditionelle Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) – im «Umwelt-Club», einem ständigen informellen Organ, versammelt.

## **VI. Bewegung befreit Parteipolitiker**

Die Frage, was denn an den «neuen» politischen Bewegungen so neu sein soll, stellt sich noch in einem andern Licht, und zwar viel eindringlicher, wenn man sieht, wie fest etablierte Parteipolitiker mit Mandaten oft bewusst eine eher direkt politisch agierende Basis ausserhalb der Partei suchen, um Anliegen zu verwirklichen oder zumindest zu artikulieren. Die regional bedingten Aktivitäten haben wir in einem früheren Kapitel bereits gestreift. Das gleiche gilt auch auf nationalem Plan. Als ein Beispiel unter vielen sei Nationalrat Silvio Bircher (SP, AG) erwähnt, der als neuer Präsident der «Naturfreunde

Schweiz» eine Plattform mit 200 Sektionen und 30 000 Mitgliedern benutzt, um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik zu betreiben. Unterstützt wird er neuerdings vom ehemaligen SPS-Zentralsekretär Rudolf H. Strahm als neuem «Naturfreunde»-Sekretär. In einem Brief baten die Naturfreunde 1985 den Bundesrat, den Betttag zum autofreien Sonntag zu erklären; weiter war der Verein unter Bircher sehr aktiv in einem Aktionskomitee, das einen freiwilligen Verzicht aufs Auto am Betttag propagierte. Und schliesslich will die Vereinigung – zusammen mit andern Gruppen – eine neue Initiative für obligatorische autofreie Sonntage lancieren.

Viele Politiker grosser Parteien wissen, warum sie den kleinen Umweg über aussenstehende Gruppen als Abkürzung betrachten: Die Anmarschwege sind bedeutend einfacher. Das musste gerade Silvio Bircher erfahren, dessen SBB-Förderungs-Initiative innerhalb der SPS so lange diskutiert und umgearbeitet wurde, bis der Landesring sein «eigenes» Volksbegehren, das genau den gleichen Inhalt hatte, bereits lanciert hatte. Zudem sind solchen Gruppen ausserhalb der Parteien die Hände in der Wahl der politischen Mittel viel weniger gebunden.

Diese Taktik ist jedoch weiter stark auf die Parteien hin angelegt: Durch den Druck von «aussen» sollen die Anliegen auf der offiziellen Bühne aufgenommen werden; die Parteien haben sich denn auch auf die Weiterverarbeitungs-Funktionen (ein Generalsekretär einer schweizerischen Partei sprach in einem anderen Zusammenhang vom Parlament als einem «Volksinitiativen-Beratungsorgan») weitgehend eingestellt.

Es gilt allerdings auch ein radikaleres Heraustreten aus den Parteien zu registrieren. So wurde der Zürcher Kantonsrat Hans Steiger, engagiert im Kampf gegen Strassenbauprojekte und den zunehmenden Autoverkehr, zum «Autofeind Nr. 1» emporstilisiert, weil er angeblich (nach später dementierten Meldungen) bei einer Bettags-Strassenblockade mitten in Zürich einem Auto einen Fusstritt versetzt haben soll und weil er öffentlich Gewaltanwendung zur Verhinderung der N 4 gebilligt hat. Er stand auch an der Spitze einer Gruppe, die mit einem «Waldtarif» von fünf Franken die Bahnen frei benutzen wollte. Im Gegensatz zu andern Parlamentariern, die eine bewusste Doppelstrategie einschlagen, gibt Steiger ganz eindeutig der direkten Aktion, die ausserhalb des Systems zumindest «Zeichen setzen» könne, den Vorzug. Er will diese Aktivitäten nicht sofort wieder in die institutionalisierte Politik umsetzen oder wenigstens einfließen lassen. Die direktpolitischen Aktivitäten haben bei ihm nicht nur im Hinblick auf die Beeinflussung des Systems und der etablierten Parteien einen Sinn und Zweck. Die Regel sind allerdings solche auf zwei ganz verschiedenen Ebenen agierende Politiker innerhalb der grossen Parteien nicht.

## VII. Nicht-Alternative schlagen mit «neuen» Waffen zurück

Der erfolgreiche Marsch der Grünen sehr weit in alle traditionellen Parteien hinein und der ständige Druck der Umweltschützer zu weitergehenden Massnahmen und zu konsequenterer Umweltpolitik haben auch die Gegner, die an den Annehmlichkeiten des «Fortschritts» möglichst ohne Einschränkungen festhalten wollen, auf den Plan gerufen. Und nicht zufällig bedienen diese sich fast der genau gleichen direktpolitischen Mittel wie die Alternativbewegungen – und haben damit fast den gleichen Erfolg. Die «Autopartei» liefert das Beispiel dafür, dass die von Gruner erwähnte Definition der «neuen Politik» aufgrund der politischen Artikulationsweise momentan am ehesten auf «Nicht-Alternative» zutrifft . . .

Mit fast ehrverletzenden Inserate-Kampagnen wehrten sich Michael E. Dreher (FDP), Trix Ebeling-Stiefelmeier (SVP) und Bruno Baer (SVP) – die drei Zürcher haben sich in der 1981 gegründeten rechtsbürgerlichen «Bürgeraktion» gefunden – unter anderem gegen die Verkehrspolitik des Zürcher Stadtrates, gegen Tempolimiten, gegen Berichte des Bundesamtes für Umweltschutz und gegen jede Beschränkung des Autofahrens. Die unzimperlichen Attacken sind bewusst auch gegen die eigenen Parteien gerichtet, die sich laut Dreher zu wenig für den privaten Autoverkehr und zu sehr für den defizitären öffentlichen Verkehr einsetzen. Mit einer massiven Verunglimpfungsaktion gegen den amtierenden, für die Zürcher Verkehrspolitik zuständigen Stadtrat Rudolf Aeschbacher (EVP) hat die «Autopartei» erfolgreich den Boden für eine wilde Kandidatur aus rechten FDP-Gewerbekreisen für die Stadtratswahlen vorbereitet. Der Druck hat ausgereicht, um den Präsidenten des Stadtparlaments gegen einen Parteibeschluss zuwiderhandeln zu lassen. Die direkten Aktionen haben die FDP offenbar stark getroffen und die Partei und den Bürgerblock sichtlich gespalten.

Und die «Autopartei» will ihre Aktionen in ähnlicher Weise weiterführen: Wahlempfehlungen sollen dafür sorgen, dass «autofreundliche Politiker», die nicht Mitglieder der Bewegung sein müssen, entsprechend unterstützt werden. Gegen Dreher gibt es – allem Anschein nach aber nicht ganz ernst gemeinte – Ausschlussbestrebungen innerhalb der FDP, während die Zürcher SVP die politischen Aktivitäten von Trix Ebeling und Bruno Baer ausdrücklich toleriert. Anhand dieser Konstellation wird eine mögliche Spaltung der SVP deutlich: Schon bei früheren Gelegenheiten – zum Beispiel, als die Berner SVP am 26. Januar 1985 einer Resolution zustimmte, im «Notfall» eine Treibstoffrationierung vorzusehen – prallten die Meinungen etwa zwischen SVP-Nationalrat und -Regierungsrat Bernhard Müller (BE) und dem Stadtzürcher SVP-Präsidenten und Autoimporteur Walter Frey vehement aufeinander. Bauern gegen Gewerbe heißtt strukturell wohl der latente Konflikt innerhalb der SVP, der durch neue Inhalte der Politik an die Oberfläche treten könnte.

Die Gegenbewegungen, wie sie durch die «Autopartei» zum Ausdruck kommen, könnten allerdings sogar die SP treffen. Der Appell geht nämlich

deutlich wahrnehmbar auch an den kleinen Mann (obwohl das direkt profitierende Autogewerbe vor allem engagiert ist), der sich dank den sozialen Errungenschaften, die ihm Gewerkschaften und SP verschafft haben, endlich das Auto leisten kann, das ihm nun wieder «verboten» werden sollte . . .

Das gleiche Ursache-Wirkung-Schema ist auch anhand der massivsten direktpolitischen Aktion des letzten Jahres, der Lastwagen-Blockade vom 4. Februar 1985, nachzuzeichnen. Die Blockierer konnten zumindest erreichen, dass zwei bürgerliche Nationalräte – Paul Wyss (FDP, BS) und Hans-Rudolf Feigenwinter (CVP, BL) – sich auf «Vermittlungsgespräche» einliessen, dass Bundespräsident Kurt Furgler ihnen gar einen Brief zustellen liess – und dass der Legitimitätsrahmen beträchtlich ausgeweitet wurde: Die gravierenden Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz wurden von den Behörden nur sehr large und zum Teil gar widerwillig verfolgt. Vor allem aber schuf dieser rein optisch gewaltige Protest die Voraussetzungen zu parlamentarischen Vorstössen, die zum Teil überwiesen worden sind, und zur Volksinitiative zur Aufhebung der Schwerverkehrsabgabe, die etwa vom Ständerat und Genfer FDP-Staatsrat Robert Ducret als Erstunterzeichner verfochten wird. In der gleichen Aktion wurde auch die in der Öffentlichkeit kaum diskutierte Autobahnvignette ins Abschaffungsprogramm mit aufgenommen. Als treibende Kraft hinter dieser zweiten Initiative stand wiederum Michael E. Dreher.

## **VIII. Das neue Thema: Asylpolitik**

Die genau gleichen Muster, wie sie aufgrund der grünen, ökologischen Bewegungen entstanden sind – Bürgerprotest von «aussen», Anpassung der offiziellen Politik, Gegendruck durch plötzlich an den Rand gedrängte Gruppierungen – haben sich auch in der Asyl- und Ausländerpolitik herausgebildet. Sie sind vielleicht noch etwas weniger deutlich sichtbar, weil das Thema erst seit kurzem zum umstrittenen Politikum geworden ist. Dafür lässt sich dieser Aspekt des Funktionierens der schweizerischen Politik vielleicht noch etwas unmittelbarer darstellen.

Nachdem die Asylpolitik trotz phasenweise grosser Flüchtlingszahlen während Jahrzehnten kein Thema gewesen war, entwickelte sich in den Jahren 1982 (noch latent) und 1983 (bereits deutlich sichtbar) ein bewegungsähnlicher Protest gegen Asylsuchende in der Schweiz, gegen die bisherige liberale Asylpraxis und gegen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Die radikalsten Artikulationsformen wählten Ausseinseitergruppen wie Schlägertrupps (zum Beispiel die mit Nationalrat Markus Ruf (NA, BE) in Kontakt gebrachten Skinheads, die gegen Tamilen tatsächlich geworden sind) und andere der Nationalen Aktion nahestehende spontane Gruppen. Aufgenommen und sofort auf die offizielle politische Bühne getragen wurden diese «Volksanliegen» dann vor allem durch die NA, die ihrerseits jedoch auch durch provozierende Veranstaltungen (in Zürich-Seebach etwa) die Stimmung weiter anheizte und auf der institutionalisierten Seite der Politik mit Vorstössen und Referen-

den präsent war. Die NA brachte auch ein bewegungsähnliches Moment selbst ins Parlament, indem etwa ihr radikalster Nationalrat Markus Ruf bewusst und gezielt immer wieder die ungeschriebenen Regeln des Hauses verletzte und für publicityträchtige Auftritte sorgte. Aber auch Vertreter bürgerlicher Parteien – etwa Nationalrat Fritz Hofmann (SVP, BE) mit einem Zeitungsartikel «Mit dem Tamilenproblem droht Kollaps unserer Asylpolitik»<sup>5</sup>, der Berner Oberländer Staatsanwalt Bernardo Moser (SVP) mit einem öffentlichen Aufruf zur Bildung von Bürgerwehren<sup>6</sup> oder Nationalrat Hans Georg Lüchinger (FDP, ZH) mit seiner in einzelnen Teilen NA-haft abgefassten Motion zur zweiten Revision des Asylgesetzes – politisierten (noch) ausserhalb der Schranken ihrer Parteien ganz im Sinne einer bewegungsähnlichen «neuen» Politik.

Die «Regress» der NA von einer politischen Partei zu einer Bewegung mit einem einzigen Thema «Asylpolitik» zeitigte Wirkung, besonders in Verbindung mit einigen Wahlerfolgen in der Westschweiz. Im Vorfeld zur grossen Asyldebatte im Nationalrat vom September 1985 liess dieser Druck die Bundesratsparteien auf eine wesentlich härtere Gangart einschwenken: Die Bereitschaft zu einer erneuten, massiven Gesetzesrevision und die Revision der Asylverordnung an der Grenze der Legalität erfüllte bereits viele NA-Postulate. Dazu kam, dass selbst von Bundesratsseite ein Grossteil des NA-Vokabulars von «Asylantenflut» über «Scheinflüchtlinge» und «Wirtschaftsasylanten» bis zu »Missbrauch des Gastrechtes« übernommen wurde. In Kürze hatten sich Bewegungsinhalte in den etablierten Parteien als neue Positionen festmachen können.

Ähnlich wie bei den grünen Themen hat sich eine Gegenbewegung formiert, die eigentlich nur noch die alten Positionen zu halten versucht. In der Asylpolitik sind es kirchliche Kreise (Kirchenasyl), linke Gruppierungen (POCH mit Widerstand gegen Gesetzesrevision), loser formierte ausländerfreundliche Gruppen wie «Mitenand», die Freiplatz-Aktion oder das «Asylkomitee Schweiz», die den Widerstand gegen die neue Politik der alten Parteien tragen. Dazu kommen Einzelkämpfer wie der Berner Arzt Peter Zuber (GPS), die mit Aktionen am Rande der Legalität abgewiesenen Asylbewerbern Zuflucht gewähren wollen.

Die Spaltung geht von diesen beiden Polen aus mitten durch die Parteien, insbesondere die SP muss enorme Spannungen aushalten (symptomatisch dafür die desolate Situation beim Arbeiterhilfswerk) zwischen fortschrittlichen, stets auch international solidarisch ausgerichteten und in erster Linie den materiellen Besitzesstand sichernden (Gewerkschafts-)Politikern. Aber auch andere Gruppierungen – etwa die CVP oder das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) – sind ähnlichen Spaltungen ausgesetzt: Beide Bewegungen haben sich festsetzen können. Auffallend auch beim Thema «Asylpolitik»,

5 Berner Zeitung vom 7. März 1984.

6 Bund, 31. Oktober 1985.

das gewissermassen wie ein Vulkan ausgebrochen ist und sich über die politischen Parteien ergossen hat: Das völlig neue Thema, das neue Fronten geschaffen hat, wird zum grössten Teil von Akteuren der Altparteien bestritten. Ausser einigen besonders engagierten Figuren der NA haben keine neuen Politiker alte verdrängen können. Und auch die Parteien sind nur an den Rändern angekratzt worden.

## **IX. Mögliche Folgerungen und Schluss**

1. Es gibt Bewegungen und Protestformen, die als bewusste und vollständige Abwendung von den politischen Parteien verstanden werden müssen. Sie können – je nach Standort des Betrachters – als völlige Vereinsamung, als Individualisierung, als Rückzug auf persönliche Betroffenheiten oder als konsequente Emanzipierung von den Formen traditioneller Politik verstanden werden. Sichtbar werden diese ganz unstrukturierten Artikulations- und Aktionsformen in erster Linie in spontanen Häuserbesetzungen oder in kulturellen Aktivitäten. Auf dem Vormarsch scheinen solche politische Betätigungen allerdings nicht zu sein; grosse Erfolge liessen sich auf diese Weise nicht erreichen – es sei denn, man werte die individuelle Befriedigung einzelner Bewegter, sich so frei artikulieren und ihren Bedürfnissen entsprechend bewegen zu können, auch als Erfolg. Untersuchungen wie etwa der Bericht der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz «Vater Staat + Mutter Helvetia» zeigen jedoch eher, dass die zunehmende Distanz von der Politik nicht als eine neue Ich-Stärke und zukunftsweisende politische Kultur interpretiert werden muss, sondern eher als Resignation.
2. Bei starken regionalen Widerstandsgruppen, die sich zuerst ausserhalb der bestehenden Parteien formierten, ist – beschränkt auf das Gebiet der unmittelbaren Betroffenheit – meist eine völlige Identität von Altparteien und Trägern der «neuen Politik» zu beobachten. Aufgelöst wird diese Einheit aber meist dann, wenn das Problem auf überregionaler und vor allem nationaler Ebene behandelt wird. Dabei bieten sich meist die aus Bewegungen entstandenen Linksparteien und die SP (mit Skepsis des Gewerkschaftsflügels) als neue Träger an.
3. Typisch an den meisten Formen der nicht-institutionellen Politik ist, dass sie sich in eine bewusste und gezielte Wechselbeziehung zur institutionellen Politik begibt, wie sie immer noch von den grossen Parteien getragen wird. Hier eröffnet sich durch ein geschicktes Verhalten ein breites Feld von verschiedenen Aktionsformen, die sehr erfolgreich sein können. Hauptmuster sind nach den bisherigen Beobachtungen: Es werden – eventuell mit unzimpleren politischen Methoden – Themen und Begehren aktualisiert und zum Thema der politischen Betätigung gemacht, die von den Altparteien nicht

oder nur in ungenügendem Masse aufgegriffen worden sind. Neben diesen meist medienwirksamen Aktionen werden aber ganz gezielt Kontakte zu Mandatsträgern gesucht, geknüpft oder, soweit bereits vorhanden, verstärkt. Die Altparteien erhalten so eine neue Funktion: Sie werden von den neuen Gruppen, welche die Leute zu mobilisieren vermögen, zwar immer noch als Machtträger im Staat anerkannt, doch wird ihnen jegliche innovative Kraft abgesprochen. Sie fungieren mehr und mehr nur noch als «Durchlauferhitzer» für Anliegen, die von ihren Rändern her auf die politische Bühne gebracht worden sind. In der Rolle der offiziellen Transporteure und entscheidenden Machtverwaltern scheinen die Parteien heute nicht gefährdet. Typisch für diese Entwicklung ist etwa das Zusammenraufen der Bundesratsparteien zu einem gemeinsamen Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs: Es liest sich über weite Strecken als Zusammenfassung von Anliegen, die extra-institutionelle Gruppen seit langer Zeit gefordert haben.

4. Der neue Druck auf die Parteien kommt allerdin nicht (mehr) von einer Seite allein. Die Vertreter einer «alten» Lebensweise haben ebenso erfolgreich die strategischen Mittel der Alternativen übernommen – und mit ähnlicher Wirkung auf die Parteien eingewirkt. Mit andern Worten: An die – im wesentlichen auf dem Links-Rechts-Schema oder Verteilungs-Paradigma basierenden – Parteien werden von zwei unterschiedlichen Warten aus ganz neue Anforderungen gestellt.

Der deutlich sichtbare Paradigmenwechsel, der den Altparteien mehrheitlich «von aussen» aufgezwungen wird, hat diese nicht erschüttern können; sie haben sich bis jetzt als fähig erwiesen, die neuen Themen – auf dem Hintergrund der alten Gegensätzlichkeiten und Frontlinien – aufzugreifen. Im Unterschied zum die offizielle Politik immer noch dominierenden Links-Rechts-Schema treten die Parteien jedoch nicht mehr oder noch nicht als eigentliche Träger der neuen Politik auf. Selbst Vertreter des fortschrittlichen Flügels der SP, der den Wechsel selbst schon weitgehend vollzogen hat, sehen ihre Rolle angesichts der neuen Strömungen wenig kreativ als Transporteure. Sie sind aber bereit, diese Anliegen aufzunehmen und in die offizielle Politik einzuspeisen und nach diesen Mustern lösen zu lassen – die immer offener zu Tage tretenden Spannungen mit den Gewerkschaften sind zum grossen Teil auf dieses Konto zu nehmen.

Die neue Thematik führt allerdings auch in den andern Altparteien zu Erosionen an den Rändern: In der FDP zeigen sie sich beispielsweise in der Gründung der «Freien Liste» und in spektakulären Parteiaustritten der beiden grünen Bernerinnen Leni Robert oder Rosmarie Bär, im Anschlussverfahren gegen die «Friedensfrau» Ursula Brunner (Frauenfeld) oder auch in den markant abweichenden Meinungen der beiden eidgenössischen Parlamentarier Gilles Petitpierre (GE) oder Sergio Salvioni (TI).

Selbst in der SVP deutet sich unter der Oberfläche ein möglicher Riss zwischen dem Bauern- und dem Gewerbeflügel, vor allem soweit er vom Autogewerbe dominiert wird, ab. So taucht als grüner Regierungsratskandidat im

Kanton Bern der prominente Kleinbauer Ruedi Baumann, der im Streit die SVP verlassen hat, auf. Der Kampf der Bauern an der Front gegen Verkehrs-Grossprojekte hat zwar noch nicht auf das Verhalten der SVP-Parlamentarier durchgeschlagen, die immer noch auch umstrittenen Neubauten (N 5 etwa) zustimmen. Das neu akzentuierte Thema «Kulturlandverlust» könnte aber alte SVP-Traditionen, die auch im radikalen «Rheinaubund» (Konrad Graf, SH, und Erwin Akereth, ZH) verwurzelt sind, wieder auflieben lassen und für gewisse Spannungen sorgen, zumal die Gegenseite («Autopartei») massiv mobilisiert. Von den Altparteien kann im Moment nur die CVP davon profitieren, auch sehr divergierende Ansichten und Gruppierungen unter einer weiterhin starken weltanschaulichen Klammer vereinigen zu können.

5. Die Fähigkeiten der Parteien, die neuen Themen aufzugreifen und die zum Teil auch extremen Positionen auszufedern, werden aus der Sicht der Träger der neuen politischen Inhalte offensichtlich als ambivalent beurteilt. Die Weiterverarbeitung ihrer direktpolitischen Aktionen nach der institutionalisierten Manier wird dank der Effizienz und der schnelleren Durchsetzbarkeit durchaus gewünscht und angestrebt. Da aufgrund der helvetischen Regeln der Ausgewogenheit und der Kompromisstaktik aber immer nur Teilrealisierungen möglich sind, wird ihnen allerdings bald deutlich, dass das sehr flexible System doch nicht beliebig dehnbar ist, weil es doch auf einem andern Fundament – dem Links-Rechts-Paradigma einerseits und der Machtverteilung andererseits – gebaut ist und im wesentlichen nach diesen Regeln funktioniert. Das System kann also wohl ausgeweitet, aber nicht geändert werden.

Von höchstem Interesse in den nächsten Jahren dürfte darum das Bemühen vieler Umwelt-Organisationen sein, das System selbst zu «sprengen», das heißt zum Gegenstand von Veränderungswünschen zu machen. Solche Begehren sind bereits angemeldet worden: Die Arbeiten an der Totalrevision der Bundesverfassung haben beispielsweise zu einem vielbeachteten ökologisch-demokratischen Verfassungsentwurf der beiden Staatsrechtsprofessoren Jörg Paul Müller und Alfred Kölz geführt. Über eine Volksinitiative – als treibende Kraft wirkt WWF-Vertreter Felix Matter – soll diese Idee allenfalls in die offizielle Politik eingespielen werden. Dieses Engagement für eine «grüne» Verfassung ist in einer «Vereinigung für die Verfassungsreform» abgestützt. Auch die Kommissionen der eidgenössischen Räte, die das weitere Vorgehen in Sachen Totalrevision abzustecken haben, wollen auf diese Variante eintreten. Sollte diesem Projekt Erfolg beschieden sein, hätte die «neue» Politik mit Hilfe der Altparteien einen friedlichen System- und Paradigma-Wechsel erreicht. Und der dürfte die Parteien noch mehr verändern.